
Zweiter Tag des Einundzwanzigsten Treffens
MC(21) Journal Nr. 2, Punkt 7 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG ÜBER VERSTÄRKTE BEMÜHUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DES ANTISEMITISMUS

Wir, die Mitglieder des Ministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, erinnern an die Berliner Antisemitismus-Konferenz der OSZE im Jahr 2004, auf der die OSZE-Teilnehmerstaaten alle Erscheinungsformen des Antisemitismus verurteilt und sich zu gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus im gesamten OSZE-Raum verpflichtet haben.

Wir bringen unsere Besorgnis über die beunruhigende Anzahl antisemitischer Vorfälle zum Ausdruck, die sich im OSZE-Raum auch heute noch ereignen und nach wie vor eine Herausforderung für die Stabilität und Sicherheit darstellen.

Wir weisen Erscheinungsformen des Antisemitismus, der Intoleranz und Diskriminierung von Juden entschieden zurück und verurteilen sie.

Wir erinnern an die Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion, wie sie in der Schlussakte von Helsinki 1975 verankert ist.

Wir würdigen die Berliner Erklärung zu Antisemitismus des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE von 2004 und bekräftigen die diesbezüglichen Verpflichtungen der OSZE.

Wir nehmen Kenntnis von den Schlussfolgerungen des Schweizer OSZE-Vorsitzes zum zehnten Jahrestag der Berliner Konferenz über Antisemitismus.

Wir anerkennen den wesentlichen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Verhütung von Antisemitismus und zur Reaktion darauf, unter anderem durch ihre aktive Teilnahme an den einschlägigen Veranstaltungen der OSZE sowie Veranstaltungen mit OSZE-Bezug, insbesondere bei der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Berliner OSZE-Konferenz über Antisemitismus im Jahr 2014.

Wir unterstreichen die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Zivilgesellschaft durch wirksame Partnerschaften, verstärkten Dialog und intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Antisemitismus.

Wir erklären unmissverständlich, dass internationale Entwicklungen Antisemitismus niemals rechtfertigen, auch nicht, wenn sie die Lage im Nahen Osten betreffen.

Wir fordern Führungspersonlichkeiten aus Politik, Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft auf, offene Diskussionen aufzunehmen, mit dem Ziel, Antisemitismus unter vollständiger Achtung der Grundfreiheiten und Menschenrechte zu bekämpfen und zu verhüten.

Wir fordern die Teilnehmerstaaten auf,

- führende Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dazu zu ermutigen, bei antisemitischen Vorfällen entschieden und unverzüglich dagegen Stellung zu beziehen;
- Bildungsprogramme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern und jungen Menschen Gelegenheit zu geben, eine Menschenrechtserziehung auch zum Thema Antisemitismus zu erhalten;
- Bemühungen zur Umsetzung bestehender OSZE-Verpflichtungen zur Beobachtung von Hassverbrechen einschließlich antisemitisch motivierter Straftaten, und zur Sammlung einschlägiger Daten darüber zu verstärken;
- antisemitisch motivierte Gewalttaten wirkungsvoll, zeitnah und unvoreingenommen zu untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen;
- einen offenen und transparenten Dialog und Partnerschaften zwischen Kulturen, Glaubensbekenntnissen und Religionen zu fördern und zu erleichtern;
- zur Einbeziehung von Religions- und Glaubensgemeinschaften in die öffentliche Diskussion über einschlägige Gesetzesinitiativen anzuregen.

Wir fordern das BDIMR auf,

- den Teilnehmerstaaten nachahmenswerte Methoden zur Bekämpfung des Antisemitismus, etwa auch durch Konsultation der Zivilgesellschaft, anzubieten, um Erscheinungsformen von Antisemitismus in unserer Zeit wirksam feststellen und dagegen vorgehen zu können;
- die Zusammenarbeit zwischen Vertretern des Staates und der Zivilgesellschaft in Antisemitismus-Fragen, darunter auch Hassverbrechen und die Erinnerung an den Holocaust, zu erleichtern;
- den Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen zur Datensammlung über antisemitische Hassverbrechen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Hilfestellung zu leisten;
- den Austausch nachahmenswerter Methoden für Bildungsinitiativen und andere Maßnahmen zur Hebung des Bewusstseins für Antisemitismus und zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Erziehung und des Unterrichts über den Holocaust zwischen den Teilnehmerstaaten zu erleichtern;

- den Dialog zu fördern und die Zivilgesellschaft in ihrer Fähigkeit zu stärken, einander mit größerer Achtung und mehr Verständnis zu begegnen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften zu fördern.

Wir heben die Arbeit der drei Persönlichen Beauftragten für Fragen der Toleranz in Unterstützung der gesamten Bemühungen der OSZE zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung hervor, insbesondere ihre Länderbesuche und anschließenden Empfehlungen sowie ihre Berichterstattung an den Ständigen Rat der OSZE.

Wir legen den Teilnehmerstaaten nahe, Erklärungen des Ministerrats zur Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung, sei es gegenüber Muslimen, Christen oder Angehörigen anderer Religionen, auszuarbeiten.